



öffentlich nicht öffentlich

Düsseldorf, 02.03.2021

An Herrn
Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller
Vorsitzender des Rates
der Landeshauptstadt Düsseldorf

**Antrag der SPD/Volt-Ratsfraktion zur Sitzung des Rates der
Landeshauptstadt Düsseldorf am 18. März 2021:**

Betrifft:

Antrag der SPD/Volt-Ratsfraktion: Betriebsbedingte Kündigungen am Flughafen
Düsseldorf verhindern

Antrag:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Keller,

die SPD/Volt-Ratsfraktion bittet Sie, diesen Antrag auf die Tagesordnung des Rates
am 18. März 2021 zu nehmen und zur Abstimmung zu bringen:

**Der Rat appelliert an die Anteilseigner und die Geschäftsführung der
Flughafen Düsseldorf GmbH, alle gegebenen Möglichkeiten auszuschöpfen,
um betriebsbedingte Kündigungen im gesamten Konzern auszuschließen.
Insbesondere sind**

- **die Möglichkeiten des Kurzarbeitergeldes voll zu nutzen und**
- **ein ggf. langfristig erforderlicher Personalabbau über Sozialpläne
abzusichern. Im Zuge dessen sind die Möglichkeiten einer
einvernehmlichen Beendigung von Arbeitsverhältnissen weiter
anzubieten.**

Begründung:

Der Flughafen war über viele Jahre Jobmotor und wichtige Säule des
Wirtschaftsstandorts Düsseldorf. Zuletzt wurden jährlich rund 60 Millionen Euro an
die Stadt und die privaten Gesellschafter ausgeschüttet. Diese Erfolge haben
wesentlich die rund 2.300 Beschäftigten erarbeitet.

Die Reisebeschränkungen der Corona-Pandemie haben den Flughafen in die wohl
schwerste wirtschaftliche Krise seiner Geschichte geführt. In der Folge hat die

Geschäftsführung angekündigt, 600 Stellen abzubauen – den Großteil über betriebsbedingte Beendigungskündigungen. Mit mehr als 150 Personen wurden die Beschäftigungsverhältnisse bereits einvernehmlich aufgelöst (vorgezogener Renteneintritt, Abfindungen). Diesen sozialverträglichen Weg will die Geschäftsführung offenbar auf Druck der privaten Gesellschafter nicht weitergehen. Dabei sind sozialverträgliche Mittel zur Senkung von Lohnkosten während der Krise nicht ausgereizt, insbesondere wurde die Kurzarbeit für die Beschäftigten noch nicht über die maximale Laufzeit bis Ende 2021 verlängert. Zudem haben Bundestag und Landtag im Februar eine Direkthilfe in Höhe von mehr als 60 Millionen Euro auf den Weg gebracht, obwohl sie am Flughafen nicht beteiligt sind.

Alle anderen Flughäfen in kommunaler Trägerschaft haben mit den Gewerkschaften einen Notlagentarifvertrag ausgehandelt, der u.a. eine Beschäftigungssicherung bis Ende 2023 vorsieht. Der Flughafen Düsseldorf hat sich dem verweigert.

Die finanzielle Lage des Flughafens ist auch deshalb besonders bedrohlich, weil die besonders niedrige Eigenkapitalquote über Jahre nicht verbessert wurde, sondern Überschüsse konsequent ausgeschüttet wurden. Die früheren Gewinne der Gesellschafter dürfen jetzt nicht zu Lasten der Beschäftigten gehen.

Als hälftige Gesellschafterin steht die Stadt Düsseldorf gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in direkter Verantwortung. Es liegt daher auch an der Stadt, ihren privaten Mitgesellschafter zur Verantwortungsübernahme für die Beschäftigten und zum Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen zu bewegen.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Raub

Marina Spillner

Für die Richtigkeit

Frank Ulrich Wessel